

## Grenzüberschreitungen – Frauengesundheit in einer globalisierten Welt. Dokumentation der 20. AKF-Jahrestagung 2013

### Abschlusspodium: Gespräche über Geschlechterverhältnisse, Umwelt und Gesundheit

*Ulrike Hauffe:*

Multiprofessionalität, das war immer ein Anspruch des AKF. Ebenso sich an den Realitäten zu reiben, gemeinsame Themen zu suchen und gemeinsame Denkansätze. Letzteres ist uns immer leicht gefallen. Dass wir auch nach 20 Jahren versuchen Multiprofessionalität auf Augenhöhe leben wollen, das repräsentiert dieses Podium. Und: Wir schauen gerne über unseren fachlichen Tellerrand. Wir suchen kritische Annahmen für das, was wir alle individuell tun in unserem beruflichen und privaten Zusammenhängen – in den Institutionen, in denen wir arbeiten und im AKF. Wir profitieren also von den theoretischen Beiträgen, die wir gerade in dieser Tagung bekommen haben. Doch wo sind die Umsetzungsschritte? Was heißt all das ganz konkret? Welche Einflüsse haben wir oder können wir haben? Oder welche Einflusslosigkeit müssen wir erkennen? Nun haben wir uns auch noch der Internationalität verschrieben auf dieser Tagung, und dass, wo wir doch unsere Hausaufgaben vor Ort immer noch nicht gemacht zu haben glauben. Das wäre aber ein rein linearer Blick – erst national und dann international wirken. Ich habe das nie für richtig befunden. Der Blick von außen, von denen, die im internationalen Geschäft sind, er bereichert uns lokal, national, im AKF. Wie passiert diese Bereicherung? Wir haben fünf verschiedene Frauen, fünf verschiedene Professionen aus fünf verschiedenen Gegenden der Welt eingeladen. Was wollen wir mehr? Die Politikwissenschaftlerin und Soziologin Alexandra Caterbow, in München lebend aber international agierend; die Historikerin Dagmar Herzog aus New York; Die Pädagogin Carol Hagemann-White, die nicht in Deutschland geboren ist, dort aber und auf der EU-Ebene aktiv ist; die Ökonomin Mascha Madörin aus der Schweiz und die Ärztin Catherine Markstein, die in Deutschland gelernt hat, in Belgien lebt und schon lange international agiert. Wir haben hier also eine ganz große Internationalität, mit den verschiedensten Themen der Ökonomie, der Frauengesundheitsbewegung, der Chemie, der Frage sexueller und reproduktiver Rechte. Mit Alexandra Caterbow eröffnet sich ein neues Thema: die Ökologie. Sie ist seit dem Jahr 2000 in NGOs zur Umweltpolitik tätig. Seit 2007 ist sie in „Women for a Common Future“ (WECF) Repräsentantin bei UN-Konferenzen insbesondere für Chemikalien und Gesundheit bei Frauen und Kindern zuständig. Um zu verstehen, was das bedeutet, möchte ich Sie bitten uns darüber zu berichten.

*Alexandra Caterbow:*

Danke für die Einladung und die nette Einleitung. Wir kennen uns auch schon länger. Wo kommen die Themen vom AKF und WECF zusammen? Zum Beispiel in unserer gemeinsamen Broschüre „Brustkrebs und Umweltfaktoren“. Wir selbst arbeiten zu Frauen und Umweltorganisation mit vier Themenschwerpunkten: Klima und Energie, Biodiversität und Landwirtschaft, Wasser und sanitäre Versorgung. Ich leite den Bereich Chemikalien und Gesundheit. Wir haben ungefähr 500 Mitgliedsorganisationen in 50 Ländern. Gegründet wurden wir bei der ersten Umweltkonferenz in Rio 1992. Wir sind somit auch um die 20 Jahre alt. Sinn und Zweck ein Netzwerk zu gründen war vor allem, Frauen aus Osteuropa und Zentralasien mit Westeuropa zu verbinden, um wichtige Umweltthemen anzugreifen und auch ein bisschen Transfer herzustellen. Jetzt hat sich das international ausgeweitet. Wir arbeiten einerseits lokal und machen ganz konkrete Implementationsprojekte in Kasachstan, Kirgistan, Uganda, überall wo es geht. Wir machen aber auch sehr viel internationale, europäische Lobbyarbeit, zum Beispiel mit der Women Water Group. Sie wissen vielleicht, dass im letzten Jahr

„Rio plus 20“ stattgefunden hat, wo wir sehr viel über „Reproductive Rights“ diskutierten. In den kleinen Räumen, in denen der Text für die Rio-Deklaration behandelt wurde, haben wir versucht Einfluss zu nehmen.

*Ulrike Hauffe:*

Machen Sie es doch mal ganz einfach und schlicht. Wir kriegen globale Umweltfragen vorgelegt, aber was hat das mit uns zu tun?

*Alexandra Caterbow:*

In meinem Bereich geht es momentan stark um hormonverändernde Stoffe, die vor allem Schwangere und ihr Ungebo- renes sehr stark betreffen. Wir nehmen sie auf über unsere Nahrung. Hier im Raum finden sie wohl 200 Dinge mit sol- chen Stoffen. Sie sind in der Kosmetik, in den Schuhen, in den Stühlen auf denen Sie sitzen. Aber keiner weiß es. Seit einiger Zeit sind die Folgen für das spätere Leben wissenschaftlich sehr gut belegt. Das zeigen die Studien und die Zu- nahme vieler Krankheiten wie Brustkrebs, Allergien, Hodenkrebs bei Männern, Unfruchtbarkeit. Wir reden hier also über die andere Seite der „Reproductive Rights“, nicht Abtreibung oder Verhütung, sondern ob ich überhaupt in der Lage bin ein Kind zu empfangen. Europäische Studien zeigen, dass jeder sechste Mann kein Kind mehr zeugen kann und das wird u.a. auf Chemikalien zurückgeführt. Das ist ein Thema, zu dem wir gemeinsam arbeiten könnten. Wir als WECF transformieren wissenschaftliche Erkenntnisse in politische Aktionen. Wir wollen, dass sich Gesetze ändern, dass Ver- braucher/innen aufgeklärt werden. Auch Multiplikatoren, da sind Sie mir sehr wichtig.

In Deutschland sind wir ignorant, was die Wirkungen dieser hormonellen Stoffe angeht. In Dänemark finden Sie in jeder gynäkologischen Praxis ein Hinweisschild für Schwangere, was Sie tun können, um sich einigermaßen vor diesen Schad- stoffen zu schützen. In Deutschland weiß das kaum jemand. Auf einem Gynäkologenkongress gab es vor kurzem nur einen Frauenarzt, der informiert war. Das liegt hierzulande u.a. daran, dass umweltpolitische Themen sehr auf die Energiewende konzentriert sind, aber auch, weil es eine sehr starke Chemieindustrie gibt. Sie haben vielleicht die WECF-Ausstellung im Flur gesehen. Die Erlaubnis diese Ausstellung im Umweltministerium zu zeigen wurde zurückge- zogen. Das wäre innenpolitisch zu heikel.

*Ulrike Hauffe:*

Frau Markstein, wenn Sie als Koordinatorin der „Plattform für Frauengesundheitsförderung“ über solche Verweigerun- gen aufzuklären hören: Welche Rolle können Sie haben, um zu vermitteln, was wenig bekannt ist und auch interessen- gebunden nicht gewusst werden soll? Wie organisieren Sie politische Prozesse und wie kommen Sie zum Beispiel an die Verbraucherinnen, die von den Chemikalien betroffen sind?

*Catherine Markstein:*

Erklärend muss ich voranstellen, dass wir einen partizipierenden Ansatz verfolgen. Bei uns arbeiten Frauen der Basis und Expertinnen alles gemeinsam aus. Das ist ein langer Weg. Aber uns eine gemeinsame Sprache zu geben hat einen hohen ethischen Wert. Die Quelle all unserer Aktionen ist das Gespräch der Frauen. Sie sprechen sich gemeinsam aus, mit einer gemeinsamen Sprache. Frauen mit Fachwissen begleiten die Gespräche. Dann werden gemeinsam „Dossiers“ gemacht, die juridisch oder politisch eingereicht werden und zu Veränderungen führen können. Das ist basisdemokrati- sches Arbeiten.

In Belgien – und das ist sehr länderspezifisch – gibt es aktive Frauenorganisationen, die vor allem mit Frauen in prekären wirtschaftlichen Situationen arbeiten. Wir kommen als Gesundheitsförderinnen in diese Frauengruppen und erfra- gen Bedürfnisse und Forderungen. Das ist ein Prozess und genau das geht nicht schnell. Es braucht Zeit, es braucht Interaktion, es braucht unsere Einsichten als Fachfrauen oder als Ausgebildete. Wie weit haben wir patriarchale Macht- strukturen integriert? Es ist ein langer Prozess für uns, nicht eine dominierende Position einzunehmen, sondern auf

einer gleichberechtigten Basis mit diesen Frauen zu arbeiten. Die Forderung „Mehr Frauen in höheren Positionen“ klingt gut. Warum eigentlich? Die Frage ist doch eher: Welche Frauen sollen in diese hohen Positionen? Frauen und Männer, die sich mit ihren eigenen, integrierten Machtbedürfnissen und -strukturen auseinander gesetzt haben, die sollen in politische Positionen. Das haben längst nicht alle. Wir sehen das in unseren Krankenhäusern tagtäglich.

*Ulrike Hauffe:*

Ich sehe gerade einen Ausschreibungstext vor mir, mit den Forderungen nach Reflexion, um in eine Position gewählt zu werden. Das wäre sehr interessant. Das könnte man mal als ein provokantes Poster machen.

*Publikum:*

Ein interessantes Beispiel aus dem Chemiebereich: Eine einzige Frau hat eine Petition über hormonverändernde Stoffe und ihre Wirkungen gemacht. Sie hat 90.000 Unterschriften gesammelt ohne einen Guru. Das hat bei der Firma Beiersdorf gewirkt.

*Ulrike Hauffe:*

Petitionen sind eine Möglichkeit sich politisch zu äußern. Aber Frau Markstein hat etwas anderes angesprochen. Wie muss das Profil von Menschen beschaffen sein, die für uns in Regierungen und an der Macht sind? Ihr origineller Weg ist der gemeinsame Prozess, wo man sich selbst reflektieren muss – statt von erhöhter Position mit Spezialwissen auf Frauen herunterzuschauen – und die gemeinsamen Erkenntnisse und Ergebnisse in Dossierform zu gießen. Ich würde gerne von Frau Herzog und Frau Hagemann-White erfahren: Welche Kraft und Qualität haben Dossiers, Deklarationen, Konventionen? Carol Hagemann-White, die auch in der Europäischen Union politisch berät, Sie haben sicher eine Einschätzung dazu.

*Carol Hagemann-White:*

Ich würde zwischen Europarat und der EU unterscheiden. Der Europarat umfasst über 40 Länder und wurde 1949 gegründet, mit Blick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. In den europäischen Ländern wurde die EU als ökonomische Organisation gegründet, die eher zufällig über die Gleichberechtigung der Geschlechter gestolpert ist und erst später mühselig die Menschenrechte als Teil ihrer Aufgabe zu sehen lernte. Andererseits ist die EU sehr viel mächtiger und kann sehr viel kräftigere Direktiven herausgeben. Ich mische etwas bei der EU mit, aber ich finde den Europarat sehr viel interessanter und langfristig wirksamer.

Du hast mir die Position unterstellt, nicht erst national zu denken und zu handeln. Im Gegenteil. Ich würde sagen erst an die Basis gehen, damit wir geerdet sind und wissen, was eigentlich die Probleme sind. In internationalen Diskussionen kommt man sonst dazu, irgendwelche Regelungen zu befürworten, die gut auf dem Papier aussehen, in der Umsetzung aber das Gegenteil bewirken.

Ein Beispiel: Als 1993 Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsfragen behandelt wurden, gab und gibt es immer noch eine starke Tendenz zu sagen: Strafrecht, Strafrecht, bestrafen, ins Gefängnis werfen. Das wirkt nicht – außer bei Vergewaltigungen. Und auch da wird oft nicht bestraft, selbst wenn Frauen Anzeige erstatten wollen. Aber bei häuslicher Gewalt wollen die Frauen das meistens nicht. Dann bekommen Frauen nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Und was heißt es, den Kindern zu sagen, ich habe deinen Vater ins Gefängnis gebracht? Es gibt in der Familie Konflikte, die Gefährdung wird verstärkt. Es gibt genügend Gründe, warum Frauen das vielleicht nicht wollen. Das muss man im Gefühl haben, durch eine enge Verbindung mit der praktische Arbeit. In der internationalen Diskussion, Strafe ja, es sollte nicht vom Strafrecht ausgenommen werden. Aber glaubt bloß nicht, dass Ihr da viel erreicht, was die Prävention betrifft und den Schutz der Frauen, außer in extremen Fällen.

Ein anderes Beispiel: Unsere Schutzanordnungen. Doch in den postsozialistischen Ländern gibt es kein Institut der

„einstweiligen Verfügung“. Wir hatten das aber als selbstverständlich vorausgesetzt, dass es schnell in dringenden Fällen einstweilige Verfügungen gibt. Ohne diese juristische Basis dauert es mindestens drei Monate, bis der Schutz von Frauen gewährleistet werden kann. Wir haben in 39 europäischen Ländern mittlerweile Schutzanordnungen. Wir brauchen also die Basis, auch den AKF, um zu wissen, wann eine Maßnahme tatsächlich geeignet ist.

Wir müssen auch austüfteln, warum funktioniert etwas in dieser oder jener Gesellschaft nicht. Der springende Punkt ist nicht ein riesiges Gesetz. Es sind immer kleine Stellschrauben, die entscheidend sind. Mit den Frauenhäusern und Notrufen haben wir gedacht: Wir können mit den betroffenen Frauen gemeinsam Politik machen. Basisdemokratie und Basisarbeit. Die betroffenen Frauen hatten größtenteils kein Interesse, sich mit Politik zu beschäftigen, weil sie unmittelbar von Gewalt und Bedrohungen betroffen waren. Diese Diskrepanz zwischen den Frauen, die Projekte machten und jenen, die in Not waren, haben wir erst nach und nach erkannt. Ich schließe das nicht aus. Aber die Frauen, die wir baten ihre Geschichte für unsere Öffentlichkeitsarbeit zu erzählen, haben gesagt: Schön, dass ihr einen Brief geschrieben habt. Aber ich ertrage es nicht das zu lesen. Manifestationen und anderes mehr sind politische Mittel. Doch wir brauchen eine genaue Analyse: Wo liegt eigentlich das Problem? Was muss verändert werden?

Es braucht danach acht bis zehn Jahre, bis sich etwas ändert. Wir haben damals die Tatsache, dass die Polizei nicht inhaftierte, durch Vorurteile der Polizisten erklärt. Das gab es. Aber erst mit der Begleitforschung haben wir festgestellt: Es gab eine Richtlinie für die Staatsanwaltschaft. Für den Fall, dass die Körperverletzung keine Auswirkungen jenseits des persönlichen Lebens der Betroffenen hat, solle die Polizei ohne zu ermitteln, das Verfahren der Staatsanwaltschaft geben. Damit war für die Polizei völlig gerechtfertigt, nichts tun zu können. Es dauerte über acht Jahre bis die Justizministerkonferenz eine Richtlinie einführte und noch ein paar Jahre bis sie sie änderte. Mittlerweile ist allgemein anerkannt, dass in Fällen häuslicher Gewalt eine Privatklage nicht greifen und der Frau nicht zugemutet werden kann. Das sind die Zeiträume, die es braucht, um das Bewusstsein zu verändern. Es ist sehr wichtig zu wissen, was das Problem ist und was zu ändert ist.

*Dagmar Herzog:*

Basisarbeit ist ungeheuer wichtig, aber auch Menschenrechtskonventionen und Gesetze. Wir müssen dialektischer denken. Als Rumänien zum Beispiel Teil der EU werden wollte, wurden Anti-Diskriminierungsgesetze, Rechte für Homosexuelle und Lesben verlangt. Bevor Rumänien betreten konnte, mussten diese Gesetze verändert werden. Ich finde das gut. Die Bevölkerung selbst war sehr homophob. Der springende Punkt aber war: Es gab diesen juristischen Zwang. Oder in seinem zweiten Wahlkampf sammelte Barak Obama Geld für seine Kampagne. Zwei Geldgeber waren schwul und das war für die LGBT-Rechte (lesbian-gay-bisexual-transgender-Rechte) ungeheuer wichtig. Auch wenn das problematisch ist, wir können nicht immer politisch korrekt und rein sein. Außerdem sind wir ja auch alle unterschiedlich. Es gibt Frauen, die jahrelang an der Basis arbeiten. Das ist eine Art zu leben. Wir müssen Arbeitsteilung machen. Auch die Arbeit von oben hat ihre Berechtigung und ist wichtig.

*Ulrike Hauffe:*

Carol hat über die Mühen des Umsetzens gesprochen im Gewaltbereich. Dagmar Herzog hat die sehr US-amerikanische Kultur aufgezeigt, wie Persönlichkeiten, die mit Geld über Macht verfügen, Dinge bewegen können. Frau Madörin, Sie als Ökonomin kommen eher mit der trockenen Ökonomie daher, die scheinbar von uns gar nicht gestaltet werden kann und eher Ohnmachtsgefühle hinterlässt. Uns ist klar, dass Frauenarbeit, Pflege nicht befundet wird. Wie komme ich an diese komplexen, ökonomischen Strukturen heran?

*Mascha Madörin:*

Ich habe 20 Jahre in einer NGO zugebracht. Mir ist das Gesagte nicht fremd. Ich kenne die internationale Debatte in der feministischen Ökonomie. Wenn ich die Debatten und Konzepte in Indien, von Frauen in Mexiko, Kanada oder beschränkt in den USA nicht mitbekommen hätte, dann hätte ich meine Analysen nicht entwickeln können. Ohne UNO-

Finanzierung gäbe es keine Forschung. Im europäischen Gebiet ist die feministische Ökonomie immer noch weitgehend eine analytische Wüste, eine Wissenswüste. Es gibt kaum Bücher. Die interessanten Debatten finden in internationalen Netzwerken statt, zu Gender Budgets gibt es inzwischen ein europäisches. In der Schweiz haben wir ein Gefäß geschaffen, um öffentliche Veranstaltungen und Bildungsarbeit zur politischen und sozialen Ökonomie von Care zu machen. Ich sehe das immer wieder, wenn ich unterrichte, in der Sozialarbeit, der Pflege, in den Genderstudies: Was Ökonomisierung und Neoliberalismus im Zusammenhang mit der Care Ökonomie angeht, gibt es eine Wüste des Wissens. Ein Ansatz schiene mir ähnlich wie der AKF ein Arbeitskreis feministische Ökonomie zu sein. In bestehenden Netzwerken kommen zwar verschiedene Professionalitäten zusammen – auch Arbeitswissenschaftlerinnen. Sobald es um Wirtschaftspolitik, um Makroökonomie, um Eurokrise geht, gibt es wenig solide Kritik. Das Wissen muss erst noch erarbeitet werden. Was wäre eine feministische Position? Ich denke, Gesundheitsökonomie betrifft Sie. Wir haben kaum Befragungen zu Hausarbeit und Pflege und zu den Auswirkungen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens auf die Pflege beispielsweise. Dabei ist die Zukunft der Care Ökonomie ganz wichtig, theoretisch, praktisch, wirtschaftspolitisch.

*Ulrike Hauffe:*

Ihr Appell: die UNO hat viel bewegt. Basisarbeit ist ebenfalls wichtig. Sie haben aber noch eine Kategorie eingeführt: Wissen, über das wir uns in Communities von Fachfrauen austauschen, verbünden und politische Initiativen entwickeln können. Frau Caterbow, haben sie eine Art Wissenssammlung, einen Thinktank, also eine Kollektivierung von Wissen und wie organisieren Sie das?

*Alexandra Caterbow:*

Wir sind sehr stark in Netzwerken organisiert, nicht nur in unserem eigenen. Im internationalen Netzwerk von allen NGOs, die zu Chemikalien arbeiten, sind 800-1000 Organisationen weltweit. Wenn in Indonesien eine Aktion stattfindet zu Kindern, die durch Quecksilber krank werden, dann weiß ich das sofort. Wir tauschen Studien aus, wir tauschen Ergebnisse aus. Wir versuchen uns zu bestimmten Themen in Arbeitsgruppen zu vernetzen, und jede/r hat seine Spezialisierungen. Die Solidarität und die Hilfe ist sehr groß untereinander. Allerdings muss man sagen: Je knapper die Gelder werden, umso größer wird auch die Konkurrenz. Die Gelder in unserem Bereich sind mittlerweile verschwindend gering. Wir hatten einen internationalen UNO-Topf. Der fällt jetzt weg.

Für uns ist es wahnsinnig wichtig die Information aus erster Hand vor Ort zu bekommen. Es nützt nichts, wenn wir an den Bedürfnissen der Leute vorbei arbeiten. Wir gehen noch einen Schritt weiter und bieten Gender-Trainings an. Dazu gehört auch: Was brauche ich an Know-how, wenn ich in einer NGO arbeite? Wie kann ich Politiker überzeugen? Wie kann ich ein Statement formulieren? Wie mache ich eine Website? Diese Frauen nehmen wir dann mit zur UNO-Konferenz. Das sind oft tolle Erlebnisse, auch für Minister, die Informationen aus erster Hand bekommen. Und die Frauen nehmen die Erfahrungen mit nach Hause und können sie mit anderen teilen. Was uns ein bisschen zu den eierlegenden Wollmilchsäuen macht: Wir machen Implementationsprojekte *und* politische Arbeit. Der nächste Vorteil ist, dass wir auch EU-Politik machen. Ich kann auf einer UNO-Konferenz sagen: In der EU wird ein bestimmtes Pflanzenschutzmittel erlaubt mit einer Ausnahmeregelung bis 2025. Doch das ist demnächst verboten und nun soll es in Afrika und Asien vermarktet werden. Ich rede dann mit den Afrikanern oder Asiaten und frage: Wollt ihr euch das bieten lassen. Es gibt einen Eklat, Statements und anderes mehr. Ich kann mich dann ausnahmsweise freuen, dass ich was bewirken konnte. Also: solche Statements helfen ungemein.

*Ulrike Hauffe:*

Helfen auch Petitionen?

*Alexandra Caterbow:*

Sicher. Die Dame, die die Petition zu Beiersdorf gemacht hat, das war Teil einer dreijährigen Kampagne des BUND. Diese Kampagne war extrem professionell durchorganisierte. Die Frau ist Schauspielerin und sehr bekannt. Allerdings sind Petitionen mittlerweile inflationär. Statement von der EU oder von Versammlungen wie hier, das ist etwas anderes. Ich kann sie aufgreifen und sagen, die Menschen hier wollen dies oder das. Ich habe eine lange Liste von Namen und Persönlichkeiten, die dafür stehen. Auch UNO-Statements sind sehr wichtig, zum Beispiel für Forschungsgelder. Wir brauchen aber die Bündelung von Interessen, die zu Aktionen führen.

Wir haben über die Ökonomisierung gesprochen, über Melinda Gates und Stiftungen. Das ist ein Problem. Es gibt einen riesigen Wechsel in der Umweltpolitik, weg von der Verantwortlichkeit der Staaten hin zu „Die Unternehmen werden es schon richten, weil sie die einzigen sind, die noch Geld haben“. Wir haben einen Nachfolgeprozess zum Sustainable Development nach Rio. Wer ist der deutsche Vertreter in der ministeriellen Arbeitsgruppe? Er kommt aus dem Wirtschaftsministerium. Was wird da reingetragen? Wer das meiste Geld in die Entwicklungspolitik einbringt, wie die Gates-Stiftung, bestimmt das Geschehen. Jetzt gelten die Mikrokredite als heilsbringender Motor, die man aber mittlerweile kritisch sehen muss. Wenn wir nicht sagen: Das darf nicht sein und zwar gemeinsam, dann wird sich diese Tendenz nicht ändern.

*Dagmar Herzog:*

Ich muss daran denken, dass es bei uns etwas gibt, das wird als „astrotorf“ bezeichnet, also Kunst-Rasen. Das ist ein Ausdruck aus der Politik. Die Rechte, die bei uns sehr stark ist, setzt das sehr effektiv und populistisch ein. Sie tut so, als ob der Aufschrei von ganz unten kommt. Aber der Aufschrei wird oben angefacht und dann von den Medien aufgegriffen. Es sieht so aus, als seien tausende Demonstranten auf der Straße, obwohl es nur hundert sind. Manchmal passiert auch durch Zufall etwas. Eine Studentin, die vor dem Kongress aussagte, dass Kontrazeption von der Versicherung bezahlt werden sollte, das sei als Studentin für sie wichtig gewesen, wurde von rechtslastigen Fernseh- und Radiosendern als „Schlampe“ bezeichnet. Frauenorganisationen standen ihr zur Seite und sagten: Auch wir sind „Schlampen“. Ich bin immer wieder glücklich, wenn es Momente gibt, wo eine ganze Diskursbasis verändert wird. Wir haben es beispielsweise geschafft, dass die Konzerne Geld für Mädchenbildung geben müssen. Ich denke, 'Sexuality Policy Watch' (<http://www.sxpolitics.org/?cat=1>) ist wichtig, um auf dem Laufenden zu bleiben. Die Beobachtungsorganisationen geben das Wissen weiter und jede kann es haben und sich informieren.

*Carol Hagemann-White:*

Wir haben weniger die einzelnen Persönlichkeiten und sehr viel stärker Fach- und Praxisnetze, die sehr stabil sind und auf dem Weg über UN-Organisationen oder Europarat wirken können. Es ist schon interessant, wie sensibel die Gremien im Europarat Fachfrauen beauftragen, um für sie eine Überblicksexpertise zu schreiben mit der dann weitergearbeitet wird. Wir hatten im Europarat eine Expertise zur Gewalt gegen Frauen. Der verschwand anscheinend in der Versenkung. Doch dann kamen Empfehlungen und es wurde auf die Expertise zurückgegriffen. Heute haben wir eine Konvention, die sich daraus entwickelt hat. Keine von uns ist im Fernsehen oder im Internet. Sich persönlich zu exponieren ist wohl eine Besonderheit der amerikanischen Kultur. Die Frauen werden ja auch erst einmal massiv angegriffen und müssen das durchhalten. Ich würde das nicht machen wollen.

Für den AKF ist Gewalt gegen Frauen im Gesundheitswesen ein Thema, aber er ist nie beteiligt worden als Institution. Dann kam der Frauengesundheitsbericht mit einem eigenen Kapitel über Gewalt. Das war neu. Das gab es bei der Gesundheitsberichterstattung in diesem Lande sonst nicht. Dann kam auch noch S.i.g.n.a.l als Projekt, dazu noch die erwähnte Expertise. Das war der Durchbruch. Es war schon eine kleine Kulturrevolution als der Vorsitzende einer Ärzteorganisation damals sagte: Offensichtlich haben wir Patientinnen, die Gewalterfahrungen haben, aber wir merken das nicht. Ich denke in diesen Prozessen könnte der AKF mehr machen.

*Ulrike Hauffe:*

Wir haben uns verschiedene politische Instrumente angeschaut, sie bewertet und viele Ideen bekommen, wie etwas an welcher Stelle funktionieren kann. Das ist sehr hilfreich. Der AKF ist ja auch ein kleines Beobachtungszentrum, kollektivierte und externalisiert Wissen. Nun sitzen wir nach 20 Jahren hier und fragen uns gemeinsam mit den internationalen Gästen: Wo geht es die nächste Zeit hin? Können Sie uns als AKF, mit Ihren jeweiligen Sichtweisen, Hinweise geben, worüber wir weiter nachdenken sollten?

*Mascha Madörin:*

Ich hab es sehr viel einfacher gefunden in Netzwerken zur Steuerflucht, Bankgeheimnis, Geldwäscherei und Korruption kritisch zu arbeiten – das hat ja jetzt die Politik übernommen. In der feministischen Ökonomie aber geht es um blinde Flecken des Denkens, um Weltinterpretationen, um Makro-Definitionsmacht. Sich mit feministischer Ökonomie, mit kritischer Gesundheitsökonomie für den AKF zu beschäftigen, da ist man auf sich, auf eine ziemlich einsame Avantgarde gestellt. Bei diesen Weltinterpretationsfragen, wie man da Einfluss nimmt, das funktioniert anders. Es gibt hier einen riesigen Bedarf an Weiterbildung – auch in der Linken oder bei den Grünen. Die kritischen ökonomischen Theorien sind nicht mehr adäquat für die Care-ökonomischen Zusammenhänge, in denen wir leben. Welches Wissen brauchen wir, um in den Parteien, den Ausschüssen und Kommissionen mitreden zu können? Und wir müssen ein Label haben. Es macht in Verbänden, in der europäischen Politik einen riesigen Unterschied, ob ich als Individuum auftrete oder als Vertreterin von NGO und Netzwerk.

*Ulrike Hauffe:*

Ihre Botschaft: Wir müssen uns zukünftig, wenn wir uns mit Frauengesundheit befassen, stärker mit den ökonomischen Bedingungen beschäftigen als wir das bisher gemacht haben.

*Catherine Markstein:*

Ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht. Ich bitte Sie nicht von der Gates-Stiftung Geld für ihre Aktionen zu akzeptieren. Wir müssen immer kritisch bleiben. Ich bin auch sehr froh so viele interessante Vorträge und Meldungen gehört zu haben. Ein Top-Niveau, das in Belgien so noch nicht hörbar ist. Die schlechte Nachricht: Machen Sie mehr Interaktion mit dem Publikum.

*Ulrike Hauffe:*

Das ist sicher richtig. Daneben meine herausgehört zu haben, dass der AKF ansonsten schon tut, was nötig ist. Noch eine Bemerkung: Diese Tagung wird finanziert vom Bundesministerium, ohne dass es einen Einfluss auf unsere Inhalte nimmt. Frau Caterbow: Was wünschen Sie sich vom AKF?

*Alexandra Caterbow:*

Ich bin schon froh, dass wir irgendwann einmal verbandelt worden sind und ich freue mich, wenn es so fruchtbar weitergeht wie bisher. Ich denke es ist für beide Seiten eine interessante Kommunikation. Es würde mich sehr freuen, wenn wir das auf weitere Themen ausweiten könnten. Sie können sich auch gerne auf unsere Mailingliste setzen und mit über tausend Frauen austauschen. Ich muss aber vorwarnen: Wer nicht so viele E-Mails bekommen will, der sollte es lieber lassen. Es ist auch wichtig, und da hat der AKF eine Aufgabe, die riesigen Auswirkungen der Chemie in die Fachöffentlichkeit zu tragen. Darauf freue ich mich.

*Dagmar Herzog:*

Ich bin Universitätsprofessorin. Ich habe zwar selbst nur DoktorandInnen zu betreuen in New York, die unterrichten aber wiederum Hunderte von Studenten und Studentinnen. Wir sind eine Universität für Emigrantenkinder. Die Studenten und Studentinnen kommen aus aller Herren Länder. Gerade unterrichte ich die Geschichte der Globalisierung. Das historische Wissen wird dann in einem multikulturellen Klassenzimmer diskutiert. Dort lernen wir von den Studenten und Studentinnen, so wie Sie von ihren Patientinnen lernen. In einer multikulturellen Welt können wir uns mit ganz anderen Körper- und Beziehungsverständnissen auseinander setzen. Das ist doch auch toll beim AKF, wie wir alle dazu lernen. In den letzten Jahren haben wir gelernt, dass Behindertenrechte und Abtreibungsrechte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Feministinnen sahen sich konfrontiert mit Vorwürfen, sie seien unsensibel gegenüber Behindertenrechten, wenn sie das Recht auf Abtreibung fordern. Heute sind die Statements differenziert geworden. Das ist ein Gewinn und ein großer Fortschritt.

Wir müssen, wenn wir über Globalisierung reden, über Flüchtlingsströme und wirtschaftliche Gerechtigkeit sprechen. Wir können das nicht aus dem Kontext der Wirtschaft loslösen. Gewalt hängt ja enorm zusammen mit der fehlenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Sexueller Gewalt und Menschenhandel hat viel mit Migrationspolitik zu tun. Es reicht nicht, in Statements über diese furchtbare Ausbeutung von Frauenkörpern zu klagen. Wir müssen in die Migrationspolitik einsteigen.

*Carol Hagemann-White:*

Ich war ein paar Jahre nicht bei den AKF-Tagungen. Mir fällt angenehm auf, dass der AKFW professioneller und politischer geworden ist als in den Anfangsjahren. Ich bin erstaunt, dass wenig Fach- und Untergruppen existieren. In den Anfangsjahren gab es ganz viele. Es wäre doch gut, eine zeitlich begrenzte Umsetzungsgruppe zu installieren, die zum Beispiel die Ratifizierung der Konvention zu häuslicher Gewalt kritisch begleitet. Darüber könnte der AKF weiter nachdenken.

*Ulrike Hauffe:*

Das ist eine wichtige Idee. Wir haben gestern und heute versucht, verschiedene Vorstellungen von Definitionsmacht vorzustellen und zu diskutieren. Jetzt bleibt mir nichts anderes übrig, als Euch zu entlassen mit der Frage: Wo ist mein Platz? Wie können wir Formen finden, die Aktivitäten zusammenzuführen? Mir bleibt noch Euch zu danken, für Eure Aufmerksamkeit und für Eure Disziplin. Das wäre vor 20 Jahren nicht so gewesen und ich bin heilfroh dass Ihr heute disziplinierter seid.